Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1921

11.7.1921 (No. 158)

Visual Library

№ 158 Montag, den 11. Juli 1921 164. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21 ℳ 90 ₰; — Einzelnummer 25 ₰ — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 ₰ Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

** Der in den letzten Wochen schon zu beobachtende Rückgang der Zahl der unterstützten Erwerbslosen hat weiter angehalten, sie ist von 4057 auf 3879 gesunken; hingegen ist die Kurzarbeiterziffer von 749 auf 1113 gestiegen. An Erwerbslosenunterstützung gelangten 286 476,23 M. zur Auszahlung, Kurzarbeiterzulagen wurden in Höhe von 93 414,94 M. gewährt. Sieht man von der Tatsache ab, daß Landwirtschaft und Baugewerbe sich in vermehrtem Maße aufnahmefähig zeigten, so kann im großen und ganzen von einer erheblichen Besserung der Lage kaum gesprochen werden.

Die Lage in den einzelnen Berufen hat sich folgendermaßen gestaltet: Die Nachfrage in der Landwirtschaft war, soweit sie sich auf landwirtschaftlich geschultes (männliches und weibliches) Dienstpersonal bezog, infolge der Jahreszeit rege. Auch für landwirtschaftliche Hilfskräfte bot sich infolge der Ernte zum Teil vermehrte Beschäftigungsmöglichkeit.

In der Industrie der Steine konnte wie schon bisher der Bedarf verschiedener Plätze an Steinhauern nicht gedeckt werden. Desgleichen dauert der Bedarf (insbesondere an Brennern) in der Ziegeleiindustrie an.

Der Geschäftsgang in der Maschinenindustrie ist im allgemeinen nach wie vor flau; in der Schwarzwälder Uhrenindustrie ist es teilweise stiller geworden, hingegen ist in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie auch diesmal wieder eine kleine Belebung gegenüber der Vorwoche zu beobachten. Zurzeit sind in 136 Betrieben 1600 Männer (in der Vorwoche 2000) und 2000 (2400) Frauen nur mit Kurzarbeit beschäftigt.

In der Textil- (insbesondere Seiden-) Industrie ist eine teilweise Besserung eingetreten.

Die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften in der Papierindustrie war in Bruchsal und auch in Lahr ziemlich gut, im allgemeinen besteht aber in der Papierindustrie ein erhebliches Angebot von Kräften bei geringem Bedarf. Dasselbe gilt von der Lederindustrie, während Holz- und Schnitzstoffindustrie verhältnismäßig besser beschäftigt sind.

Im Nahrungsmittelgewerbe war der Geschäftsgang in der Konservenfabrikation verschiedener Plätze gut, während der Geschäftsgang in der Nährmittelfabrikation z. T. sehr zu wünschen übrig läßt. Die Zigarrenfabrikation des Heidelberger Bezirks zeigt eine Verschlechterung. Im Baugewerbe herrscht lebhafte Nachfrage nach Gipsern, Maurern, Zimmerleuten, auch Malern, hingegen benötigte das Vervielfältigungsgewerbe nur einige wenige Setzer. Die Unterbringungsmöglichkeiten für Kaufleute und Techniker blieben gering.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe war die Nachfrage nach Küchenpersonal lebhaft.

Betriebseinschränkungen

erfolgten infolge Absatzschwierigkeiten bezw. Mangel an Aufträgen bei 5 Betrieben, wovon 88 Männer und 20 Frauen betroffen sind.

Kriegsverbrecher.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht Hauptmann a. D. **Willy Meyer** in der demokratischen „Berliner Volksztg." einen Artikel, der Beachtung verdient. Wir geben ihn unter Weglassung der Einleitung und einzelner anderer Sätze im folgenden wieder:

„Der **Krieg**, in den die Menschheit hineingestoßen wurde, ist eine so **ungeheuerliche Unmenschlichkeit und Brutalität**, daß es uns fast kleinlich erscheinen will, wenn jetzt aus der Masse der europäischen Kriegsverbrecher einige unbedeutende, deutsche Befehlsausführer und Handlanger herausgegriffen und hinter Schloß und Riegel gebracht werden. So schorf wir viele der Dinge, die in Leipzig zur Sprache kommen, auch verdammen, so wenig kann doch unser Gerechtigkeitsgefühl durch eine Verurteilung von Männern befriedigt werden, die im Grunde doch nur **Werkzeuge höherer Vorgesetzter oder des ganzen Systems** waren, ja letzten Endes **selbst als Opfer des Kriegsmolochs zu betrachten sind.** Ist es nicht ein Wahnwitz, von einem Menschen fortgesetztes Morden (mit den qualvollsten Instrumenten) Tag und Nacht in der Feuerlinie rücksichtlos zu verlangen und gleichzeitig zu erwarten, daß derselbe Mensch eine Stunde später drei Kilometer hinter der Front nun nach moralisch einwandfreien Grundsätzen handeln wird?

Gewiß, wir sollten uns von keiner Nation im Sühnen von Unrecht übertreffen lassen. Aber ist es **nicht schon Strafe genug**, wenn die Missetäter vor dem Forum des ganzen Erdballes **angeprangert** werden wegen ihrer Untaten, die unterblieben wären, wenn man die jetzt Angeklagten nicht in den Krieg hineingezwungen hätte . . . in diesen Krieg, der alle Frontkämpfer — vom christlichen und moralischen Standpunkt aus betrachtet — mehr oder weniger schuldig werden ließ?

Solange man nicht die **Macher und Erzeuger des Krieges** in allen hierfür in Frage kommenden Ländern vor das Tribunal schleppt, so lange sollte man billigerweise auch von einer **Bestrafung der kleinen Schächer absehen!**

Die öffentliche Feststellung des Tatbestandes gewisser Verbrechen wird am stärksten nützliche Wirkung dann hervorrufen, wenn sie **nicht nur auf deutsche Missetäter beschränkt** bleibt. Hier muß erwähnt werden, daß in diesen Tagen in der „**Humanite**" der Schriftsteller de Toury den General de Bouillon des gleichen Verbrechens beschuldigt hat, das Curtius zur Last gelegt wurde. Und in diesem Zusammenhange kann ich es mir nicht versagen, den Aufruf in Erinnerung zu bringen, den der tapfere französische sozialistische Abgeordnete Vaillant-Couturier am 20. Februar 1920 im „Populaire" erließ. Er bittet darin alle Kameraden, ihm die auf französischer Seite begangenen Greueltaten mitzuteilen, damit er sie veröffentlichen könnte. In dem Dokument, das von großem Bekennermut zeugt, heißt es:

„Ich habe Offiziere gekannt, die sich rühmten, **deutsche Kriegsgefangene niedergeschossen zu haben, lediglich um ihren Revolver zu probieren.** Ich habe die feindlichen Leichen, **die unsere schwarzen Soldaten verstümmelt haben, gesehen.** Ich weiß die Namen von Offizieren, welche deutsche Kompagnien, die gefangen und entwaffnet waren, **niederschießen ließen** und für diese Greueltaten befördert und **ausgezeichnet worden sind** . . . Und habe auch gesehen, wie man Verwundete getötet hat . . . Keine Art zu töten, war uns fremd."

In seinem weltberühmten Buche „Le feu" (Das Feuer) bringt der ehemalige Frontkämpfer Henri **Barbusse** einen bezeichnenden Beitrag zur Kennzeichnung des Krieges und seiner Knechte. Er schreibt:

„. . . . Kaum ist aber der Deutsche vorbei, da stürzen die vier Köche wie auf eine Verabredung hinaus, stolpern übereinander, laufen wie verrückt und werfen sich **auf den Deutschen.** „Kamerad, meine Herren!" sagte dieser . . . Aber schon sah man die Klinge eines Messers blitzen und verschwinden. Der Mann fällt zusammen, als ob er in den Erdboden versinken wollte. Pepin erwischt ihn am Helm, der ihm in den Händen zurückbleibt, während der Leichnam zu Boden sinkt. „Jetzt los!" knurrte Paupardin, „sucht ihn erst aus!" Man kehrt ihm die Taschen um. „Der Helm gehört mir," sagt Pepin. „Ich hab ihn erstochen. Ich will den Helm." Man nimmt dem Leichnam noch die Brieftasche ab, die Papiere drin sind noch warm, und den Feldstecher, den Geldbeutel und die Gamaschen."

Der Engländer **Stephan-Graham** hat ein Buch: „Als Gemeiner in der englischen Garde" geschrieben. Darin heißt es auf Seite 167:

„Die Lust, Gefangene zu machen, war nicht sehr groß bei den Mannschaften. **Ein guter Soldat macht keine Gefangenen.** Hatten sie Gefangene abzuführen, so konnten sie sich immer damit ausreden, wenn sie sie umgebracht hatten, sie wären entflohen . . . Hauptmann C., welcher zu Festubert zwei gefangene deutsche Offiziere niederschoß, mit denen er in Wortwechsel geraten war, galt stets für einen Held, und wenn ein Mann diese Geschichte erzählte, so sagte der begeisterte Zuhörer: „Solche Kerle brauchen wir."

Weiter schreibt Graham:

„Ein altgedienter (englischer) Sergeant tritt zu seinem Offizier, der übrigens ein Dichter ist und reizende lyrische Gedichte geschrieben hat . . . **Darf ich die Gefangenen erschießen, Sir?**" Der Dichter sagt: „**Nur zu.**" Er macht die Deutschen einen nach dem andern kalt, einige unserer Leute sagen: „Bravo."

Auf Seite 219 des genannten Buches lesen wir:

„Der zweite Bajonettmann bringt die Verwundeten um. Man darf sich nicht mit Verwundeten belasten, die einem zwischen den Beinen herumliegen. **Seid nicht weichlich . . .**"

Sympathisch berührt in dem Buch von Graham der Satz:

„Gerechtdenkende Leute wissen, daß Greuel, Barbareien und Grausamkeiten jeglicher Art auf beiden Seiten in Hülle und Fülle vorgekommen sind, und daß sich beide Teile, die Feinde und wir, in einer menschenunwürdigen Art aufgeführt haben."

Im Juni 1915 veröffentlichten die Londoner „**Times**" einen Artikel aus der Feder eines englischen Kriegsteilnehmers: „Eine Tour durch die Schützengräben." Daraus entnehmen wir folgende Sätze:

„Gestern nahm einer unserer braven Soldaten einen Deutschen gefangen und stieß ihm das Bajonett durch den Leib mit den Worten: „**Das ist für die Lusitania**". Dann, nach einer kurzen Pause, durchbohrte er ihn zum zweitenmal: „Und das ist für mich selbst." — Nicht lange vorher kam ein Deutscher auf uns zu mit dem Ausruf: „Ich bin ein Christ." Die Antwort war: „Bist du wirklich ein Christ. **Gut, dann hast du die Beförderung zum Engel.**" Eine Kugel beendete das Leben eines deutschen Schurken."

Den angeführten Zeugnissen dürfen wir Wert beilegen, weil sie gewissermaßen Selbstbekenntnisse sind. So verroht und schamlos war die Zeit geworden, daß der Artikelschreiber der „Times" die schändliche Bestialität in ruhmrediger Art und Weise der Öffentlichkeit vorzusetzen wagen durfte. (Entsprechende deutsche Zeitungsausschnitte stehen zur Verfügung.)

Vor wenigen Tagen ist der Generalarzt und frühere Chef des Sanitätswesens **v. Schjerning** gestorben. Sein Hinscheiden erinnert an die entsetzliche Meldung, die er am 30. September dem Kaiser Wilhelm erstattete. Es heißt in dem Bericht:

„Im Orte (**Orchies**) wurden **20 beim Gefecht am vorhergehenden Tage verwundete Deutsche grauenhaft verstümmelt aufgefunden.** Ohren und Nasen waren ihnen abgeschnitten, und man hatte sie durch Einführen von Sägemehl in Mund und Nase erstickt. Die Richtigkeit des darüber aufgenommenen Befundes wurde von zwei französischen Geistlichen unterschriftlich bestätigt. Orchies wurde dem Erdboden gleichgemacht."

Die Meldung des Dr. v. Schjerning ging seinerzeit durch alle deutschen und neutralen Blätter. Ihre Richtigkeit ist meines Erachtens bisher von der Gegenseite nie ernstlich angezweifelt worden. Wir dürfen daher schon aus diesem Grunde annehmen, daß der Bericht mit den Tatsachen genau übereinstimmt. Er ist ein weiterer Beweis dafür, daß intra und extra muros schlimm gesündigt wurde, und daß diesseits und jenseits der Gefechtslinie Freveltaten, die zum Himmel schreien, verbrochen wurden. Nicht die Frevler zu suchen und zu bestrafen, muß unser Sehnen und Ziel sein, sondern **den Krieg, der diese Menschen zu Frevlern machte** (und der sich nicht reglementieren und humanisieren läßt), **mit Stumpf und Stiel auszurotten und an seine Stelle einen internationalen organisierten Rechtszustand zu setzen.** Kann es eine erhabenere Aufgabe für die jetzige und die kommenden Generationen geben, als tatkräftig mitzuarbeiten an der Herbeiführung eines solchen Zustandes?

Papierwerte, Goldwerte und Reichsnotopfer.

Von besonderer Seite wird der „Germania" geschrieben:

Noch vor zwei Jahren war in der ganzen deutschen Bevölkerung die Überzeugung vorhanden, daß ohne eine sehr scharfe Besteuerung des Besitzes die Finanzen des Reiches nicht reformiert werden könnten. Auch auf Seiten der Rechten des Reichstages mußte man anerkennen, daß ohne eine Besteuerung des Besitzes Deutschland nicht zurecht kommen würde. So bekämpfte Helfferich das Reichsnotopfer damals in erster Linie mit der Behauptung, daß der Feind den Ertrag des Reichsnotopfers wegnehmen würde. Er gab aber in seiner Kampfbroschüre gegen das Reichsnotopfer unumwunden zu, daß der Gedanke einer Vermögensabgabe durchaus gesund und berechtigt sei und daß er selbst schon während des Krieges im Reichsschatzamt den Auftrag erteilt habe, die Frage steuertechnisch durchzuarbeiten.

Heute merkt man, wenn man die Agitation einer gewissen Presse verfolgt, nichts mehr von diesem allgemeinen großen Grundgedanken. Der Opfergeist des Besitzes ist außerordentlich geschwunden. Das Reichsnotopfer ist durch die Entwertung des Geldes, die seit dem Dezember 1919 eingetreten ist, für viele ungeheuer viel leichter geworden. Und doch ist gerade jetzt die Zeit gekommen, wo das deutsche Volk erst den vollen Ernst des verlorenen Krieges, des gewaltigen militärischen und politischen Zusammenbruchs an seinen Finanzen erfahren muß. Daß hier der **Besitz gleichfalls Opfer bringen muß**, steht für jeden Vernünftigen und ehrlich Denkenden fest. Die große Masse des werktätigen Volkes wird durch hohe indirekte Steuern zweifellos in großem Umfange dazu beitragen müssen zu den Lasten. Dazu kommt dann noch die allgemeine Teuerung, die sich für weite Volksschichten außerordentlich gesund macht. Es wäre nicht nur politisch unklug, sondern auch sozial nicht zu rechtfertigen, wenn man nicht mit allen Mitteln versuchen wollte, den Besitz in einer volkswirtschaftlich noch erträglichen Weise zu den großen Lasten der Gegenwart heranzuziehen.

Diesen Sinn hat das **Reichsnotopfer.** Als es beschlossen wurde, konnte aber noch niemand ahnen, wie außerordentlich stark der Geldwert sinken würde. Vor allem konnte man nicht voraussehen, daß ein derartig starker Unterschied zwischen dem Sachvermögen und dem Papiervermögen entstehen würde. Unlängst sagte der Reichskanzler, daß Mißliche beim Reichsnotopfer sei der **feste Stichtag** des 31. Dezember 1919. Das ist unbedingt richtig. Während sich der Nennbetrag des Vermögens eines Rentners gleichgeblieben ist, die Kaufkraft dagegen außerordentlist schwankt, ist umgekehrt der **Wert der Sachgüter in einer enormen Weise gestiegen.** Die Sachgutwerte, Fabriken, Ländereien usw. wurden beim Reichsnotopfer nur mit einem von Wehrbeitragswert wenig unterschiedenen Werte eingesetzt. Inzwischen aber sind die Preise des Grund und Bodens auf das sieben- bis achtfache, ja noch darüber, gestiegen.

Durch diese Scheidung von Papierwerten und Sachwerten wird ein gewisser Ungerechtigkeitsfaktor in die Steuergesetzgebung hineingetragen. Ein Beispiel mag dies sofort zeigen: angenommen, ein Rentner habe beim Stichtag des Reichsnotopfers ein Vermögen von einer Million Mark gehabt. Dieser muß nun davon die Summe von 246 000 Mark als Notopfer zahlen. Ein anderer Steuerpflichtiger soll eine Fabrik besitzen, die vor dem Kriege 125 000 Mark wert war und mit demselben Wert beim Reichsnotopfer eingesetzt wurde. Nun aber ist infolge der Entwertung des Geldes diese Fabrik vielleicht eine Million Papiermark wert. Die beiden Besitzer haben also gleich großen Besitz. Da aber das Realvermögen nicht zu seinem Papierwert eingeschätzt wurde, so hat der Besitzer der Fabrik einen ungeheuren Vorsprung vor dem Rentner. Der Besitzer der Fabrik zahlt nicht 246 000 Mark Steuer, sondern **nur 14 750 Mark.** Würde das Fabrikwesen mit seinem gegenwärtigen Verkaufswert angesetzt worden sein, dann würde kein Unterschied zwischen dem Besitzer von Papiermark und dem Besitzer des Grundstückes bestehen. So aber ist ein ungeheurer Unterschied in der Steuerbelastung gegeben. Dieser Unterschied wirkt doppelt schwer, weil mit der Höhe des Vermögens auch die Steuersätze sehr stark ansteigen. Und wie hier in dem Beispiel, so ist es in vielen anderen Fällen, wenn auch nicht überall die Spannung gleich groß ist. Auch der Besitzer von veräußerbaren Mobilien (Maschinen usw.) ist entsprechend besser daran, als der reine Geldbesitzer.

Diese Unterschiede in der Belastung, die infolge der Wahl des Stichtages zum Reichsnotopfer herausgekommen sind, lagen nicht im Sinne des Gesetzgebers, lagen vor allem nicht im Sinne der Parteien, die das Reichsnotopfer bewilligt haben. Es ist auf den ersten Blick klar, **daß diese Ungerechtigkeit auf irgend** eine Weise **wieder beseitigt werden muß.** Denn das Wichtigste im ganzen Steuerwesen ist, daß möglichste Gerechtigkeit herrscht. Nur so kann die Steuermoral entsprechend gestärkt werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Eine Abrechnung.

* Kaum einen Tag läßt die Heidelberger „Badische Post", das Organ der Deutschen Volksparteiler in Baden, vorübergehen, ohne den Reichskanzler Dr. **Wirth** anzugreifen und zu verdächtigen. Die Tonart ist dabei immer die gleiche: nämlich gehässig und hetzerisch. Der **„Bad. Beobachter"** rechnet nunmehr in einem Leitartikel seiner Nummer 154 vom Freitag, den 8. Juli, mit der deutsch-volksparteilichen Partei ab, indem er außer eigenen Bemerkungen Ausführungen der „Südd. Konservativen Korrespondenz" des Herrn Adam Röder abdruckt. Der „Beobachter" schreibt:

„Wirth und Erzberger wirken auf gewisse Leute wie das rote Tuch auf ein bekanntes Tier, und da kommen dann Preßerzeugnisse zustande wie die, mit denen wir uns hier herumschlagen müssen. Nach allerhand anderen Anpöbelungen, auf die wir nicht alle eingehen können, schreibt die „Bad. Post":

„Herr Wirth wurde befördert und übernahm die Nachfolge Erzbergers. Obwohl die Regierungskoalition nach den Reichstagswahlen eine andere geworden war, führte sich Herr Wirth nach wie vor als Mitglied der alten Koalition auf. Wiederholt gab sein Auftreten im Reichstag und auch außerhalb Anlaß zu ernsten Beschwerden der Volkspartei. Zur Demagogie in Taten war freilich die Zeit noch nicht gekommen, da die beiden anderen bürgerlichen Parteien Bremsklötze anlegten. Aber auch dieser ersehnte Augenblick kam: Herr Wirth wurde Reichskanzler, bewußt wurde das Steuer wieder nach links gedreht, und mit vollen Segeln fuhr das neue Kabinett in das Fahrwasser des vereinigten katholischen und internationalen Sozialismus."

So die „Bad. Post". Der Politiker der „Bad. Post" scheint ein arg naiver Mensch zu sein, wenn er glaubt, Wirth hätte sich in der alten Koalition, der die Sozialdemokratie nicht angehörte, lediglich nach den Wünschen der deutschen Volkspartei einstellen können. Glaubt er im Ernste, **daß heute eine Koalitionsregierung — ob mit oder ohne Sozialdemokratie —, so wie die Parteiverhältnisse nun einmal liegen, überhaupt möglich ist, eine positive Arbeit leisten kann ohne eine gewisse Rücksichtnahme auf die stärkste Partei im deutschen Volke, die Sozialdemokratie, vor allem in sozialen, in Steuer- und Wirtschaftsfragen?** Alles und jedes, was nun auf diesem Gebiete den Herren von der deutschen Volkspartei nicht paßt, **weil sie nichts gelernt und nichts vergessen,** als Demagogie zu bezeichnen, verrät zum mindesten einen großen Mangel an Verständnis für Staatsnotwendigkeiten und reale Tatsachen, über die keine Regierung, mag sie heißen wie sie will, heute hinwegkommen kann. Wenn übrigens die deutsche Volkspartei sich darüber beklagt, daß im neuen Kabinett Wirth das Steuer bewußt wieder nach links gedreht worden sei — ob das tatsächlich der Fall ist, wollen wir hier nicht untersuchen —, dann **verdient gerade die deutsche Volkspartei die allerschwerste Anklage darüber, daß sie nicht selbst im Kabinett vertreten ist und diese Linksdrehung verhindert.** Bekanntlich ist dem Volksparteiler Heinze ein Sitz im Kabinett angeboten worden, er war auch bereit, ihn anzunehmen; er durfte aber nicht in das Kabinett eintreten, weil er sonst aus seiner Partei ausgeschlossen worden wäre. Eine Partei, die so gehandelt, hat das Recht verwirkt, sich darüber zu beklagen, wenn der Staatswagen nach links läuft. Wenn aber die „Bad. Post" noch eine weitere Antwort haben will, so mag sie ihr Adam **Röder** geben, der in seiner Korrespondenz schreibt:

„Das deutsche Volk bricht unter der Last der Agitation fast moralisch zusammen. Wo man hinblickt — **nichts wie Agitation und Agitation, wüste, hemmungslose Agitationen.** Jedes Augenmaß für die Grenzen des parteipolitisch Zulässigen in der gewiß notwendigen Polemik fehlt. Die Parlamente, vorzüglich das Reichsparlament, gehen mit üblem Beispiel voran. Die Schuld verteilt sich auf **alle** Parteien: bei den Radikalen von links und rechts ist sie am stärksten, so verschieden auch die Beweggründe sind. Und dem sittlichen Niveau des Reichstags entspricht ganz die moralische Höhe des Verhaltens der Schichten des Volks untereinander. Was in den Zeitungen an Schimpfen, Toben und Schreien, an wüsten Angriffen aufs Persönliche, an direkten Ehrabschneidereien geleistet wird, ist schrecklich. Wahrlich, im deutschen Volk hat man jede Gelassenheit verloren. **Die notwendige und gerechte Opposition wird immer mehr zu einer widerlichen Form des persönlichen Angriffs. Ein Lausbubenton herrscht in früher angesehenen Blättern, daß** man sich erschreckend fragen muß: wo soll das hinaus? Ist denn in unserem Volke überhaupt Gesundung möglich bei solchem Mangel an moralischer Haltung, bei dieser gänzlichen Unfähigkeit, die Lasten des Krieges und der Revolution auch nur mit einem Minimum von Haltung und Würde zu ertragen? Was soll dies unausgesetzte Toben und Schreien? Wem will man damit dienen? Was soll erreicht werden? Der Sturz einer **jeglichen Regierung,** bis sie entweder bolschewistisch oder revolutionär ist? Für beide Fälle bedeutet **es den vollkommenen Zusammenbruch Deutschlands und die Herrschaft der Entente im deutschen Volk.** Oder glaubt man, daß ein Übergreifen des Bolschewismus nach England oder Frankreich möglich sei? Und wenn auch? Das Chaos würde doch nur größer werden. Es gehört nicht viel politische Einsicht dazu, das zu begreifen.

Leider ist aber bei der derzeitigen Rechten eine solche Einsicht nicht anzutreffen. Gewiß: es sind da Männer genug vorhanden, die wissen, daß ein Vorwärtskommen nur auf dem Boden der vorhandenen politischen Organisation möglich ist. Aber der große Stab der „rechtsstehenden" — wie lange? — Zeitungsschreiber und Generalsekretäre — hat den Blick nur **auf den unmittelbaren Erfolg der Agitation gerichtet.** Die hemmungslose Agitation ists, die unser politisches Leben vergiftet. Reichskanzler Wirth hat in Essen mit Recht betont, daß die Opposition, wenn sie ein Kabinett stürzt, in der Lage sein und den Willen haben muß, die neue Regierung zu übernehmen. Will die Rechte in Verbindung mit Kommunisten und Unabhängigen die neue Regierung übernehmen? Die Frage stellen, heißt, sie als absurd anerkennen. Oder will man eine auf „gut Glück" hinzielende Politik treiben mit der stillen Hoffnung, daß der starke Mann, der Diktator, erwächst? Sollen denn ein paar Millionen an die Wand gestellt werden? Und wer wird sie erschießen? Man vergißt immer eines: man hat das deutsche Volk und Reich mit Gewalt industrialisiert. Eine Millionen-Gruppe von Industriearbeitern ist da. Wie will man gegen eine solche regieren, ganz einerlei, ob das allgemeine gleiche Stimmrecht bleibt, oder ob es aufgehoben würde. Die Masse ist da; der kapitalistische Industrialismus hat sie geschaffen und sie präsentiert den Wechsel auf Gleichberechtigung und Mitbestimmung. Hätte man zur rechten Zeit an Reformen gedacht, an politische und sozialwirtschaftliche — für die ich seit sechs Jahren an dieser Stelle eintrete — würden sie vielleicht diese massen-konvulsivischen Zuckungen des deutschen Volkes zu einer legitimen Geste gesunder politischer Opposition haben umbilden lassen. So aber **provozierte man die Revolution gedankenlos und sinnlos, weil man sich von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Privilegien unter keiner Bedingung trennen wollte.** Nun solls der starke Mann machen und die journalistischen Flachköpfe der Rechtspresse, die sich früher an den Brüsten „jüdisch-liberaler Weisheit" großsäugten, reden dem deutschen Philister vor, es handle sich um eine bürgerliche Phalanx gegen die Sozialdemokratie und das Vaterland wäre gerettet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß zurzeit die bürgerliche Phalanx stärker ist, als die sozialdemokratische. Wenn aber Herr Stinnes und die von ihm ressortierenden Großkapitalisten noch weiter arbeiten, dann wird der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, in dem die Arbeiter in der Mehrheit sind. Was soll diese bürgerliche Phalanx tun? Den Achtstundentag aufheben, die unerträglichen Steuergesetze beseitigen, Ludendorff zum Reichspräsidenten machen, oder den Kaiser und die 22 deutschen Bundesfürsten zurückrufen? **Das alles bedeutet doch den Bürgerkrieg.** Man muß schon ein großer Philister sein, um an die Möglichkeit solcher Rekonstruktionen zu glauben.

Wollte man nur ein wenig mehr Ehrlichkeit im ganzen politischen Betrieb walten lassen und sie mit einem bißchen Gerechtigkeitsgefühl in die politische Tat umsetzen. Da beschuldigt die Rechtspresse — die einsichtigen Führer der Rechtsparteien tun das nicht — das Zentrum des Verrats am Christentum und nationaler Gesinnung, weil es mit der Sozialdemokratie durch dick und dünn gehe. **Entweder man ist Politiker, oder man ist es nicht.** Koalitionsregierungen sind eben Regierungen, in denen die Parteien ad hoc zusammenarbeiten, um eine mittlere Linie der politischen Entwicklung zu gewinnen. Das ist immer so gewesen in parlamentarisch regierten Ländern, die **nicht von zwei großen Parteien beherrscht wurden.** Es kam aber auch unterm „alten Regime" vor, daß Feuer und Wasser sich mischten. **Haben in Baden nicht die Nationalliberalen jahrelang mit der Sozialdemokratie den Großblock gebildet im Interesse der Kulturaufgaben?** Das heißt im Interesse des Zusammenarbeitens der Liberalen mit den Sozialisten auf dem Gebiete der Schule, der Kirche und sonstiger „Kulturpolitik"? **Hat man das vergessen?** Was damals hätte vermieden werden müssen, **ist heute unter veränderten politischen Gesichtspunkten nicht zu umgehen.** Wenn in einer Koalitionsregierung sich sonst widerstreitende Parteien sitzen, so heißt das nicht durch dick und dünn gehen, sondern eine aus den Verhältnissen erwachsene notwendige politische Arbeit tun, bei der nicht die Herzen beteiligt sind, sondern nur der Verstand. Das alles ist unschwer einzusehen. Aber die leidige, alles vergiftende und zersetzende Agitation mit ihrer Unfähigkeit, positive Arbeit zu leisten, schlägt jede Sachlichkeit und Ehrlichkeit tot. Schärfer als je muß man an alle verantwortlichen Politiker die Forderung richten, der Hetzerei mit ihrem Einheimsen billiger Agitationspolitik energisch entgegenzutreten. Geschieht es nicht, so steht Deutschland vor unübersehbarer Not und dauerndem Elend."

Diese treffende Zeichnung unserer heutigen politischen Zustände und Sitten, so fährt der „Beobachter" dann fort, war schon geschrieben, ehe die Badische Post mit ihrem Artikel unter der Überschrift „Über Wirth und Erzberger zum politischen Bürgerkrieg?" herauskam. Der Leser mag entscheiden, ob Adam Röder nicht ins Schwarze getroffen; **er mag auch entscheiden, wen die Schuld trifft am politischen Bürgerkrieg, Wirth und Erzberger oder jene Kreise, die den brutalen Interessenkampf mit solchen vergifteten Waffen führen, wie die „Badische Post".** Unsere Parteifreunde mögen daraus ersehen, was Männer wie Dr. Wirth und Erzberger über sich ergehen lassen müssen, weil sie in der Stunde der Not, wo keiner von von ihren Schmähern und Verleumdern den Mut fand, seine Persönlichkeit für die Erhaltung des Vaterlandes einzusetzen, ohne Rücksicht auf eigenen Vorteil, nur von der Sorge und Verantwortlichkeit für die Gesamtheit getrieben, die schwere Bürde ihrer Ämter auf sich genommen und weil sie auch den Mut haben, aus der harten Tatsache des verlorenen Krieges und der einzigen Möglichkeit, das deutsche Reich zu retten, die logischen, wenn auch unangenehmen Folgerungen zu ziehen, und Steuern auf jene Schultern legen, die sie auch tragen können. Deshalb und nur deshalb diese infernalische Hetze auf seiten der Rechten und der deutschen Volkspartei gegen Wirth und Erzberger, als ob sie zum Vergnügen Steuern machen würden. Es ist gut, daß die Wahlen herankommen; das badische Volk wird den Hetzern und Verleumdern die richtige Quittung ausstellen!"

Politische Neuigkeiten.

Die amerikanische Friedensresolution

ist jetzt im Wortlaut in Berlin eingetroffen. Der Kongreß hat beschlossen, den Kriegszustand zu **beenden,** hat sich dabei aber **alle Rechte und Ansprüche gewahrt,** die Amerika aus dem Waffenstillstand vom November 1918 und aus dem Frieden von Versailles vom Juni 1919 erwachsen können. Amerika verzichtet auf keinen der Vorteile, die es auf Grund dieser früheren Verträge jetzt oder in Zukunft besitzt. Die Absicht der amerikanischen Politik dürfte mit anderen Worten sein, aus dem Friedensvertrag, zu dem sich Deutschland den Vereinigten Staaten gegenüber ebenso wie gegenüber den andern alliierten Mächten verpflichtet hat, gewisse, Amerika nicht genehme Abschnitte zu streichen, die übrigen aber beizubehalten. Angesichts dieser Tendenz stellt sich, wie die „Frankf. Ztg." schreibt, für Deutschland eine diplomatische Lage heraus, die nicht ganz einfach ist. Im ganzen will Amerika auf den **Völkerbund** und auf die Mitbestimmung über den in Europa geschaffenen Zustand verzichten. Wenn auch der Völkerbund bisher nur eine sehr schattenhafte Existenz führt, so ist doch nicht zu vergessen, daß er ein **ideelles Aufsichtsrecht über die gerechte Ausführung des Friedens besitzt,** gerecht auch gegen Deutschland. Wenn sich Amerika an den territorialen Verhältnissen Europas gänzlich desinteressieren sollte, so verschlechtert sich dadurch der Friede für Deutschland, denn gerade der Gedanke, daß die große überseeische Macht künftig an

Konzerthaus.

„Der Vogelhändler."

Die Aufnahme von Zellers „Vogelhändler" in den Spielplan ist zu begrüßen. Man hat die Operette hier schon mehrere Jahre nicht mehr gehört. Und doch ist sie reich an musikalischen Schönheiten. Manche Partien haben geradezu Singspielcharakter. Im Gegensatz zu der sinnlichen Schwüle der modernen Operette weht in Zellers Partitur ein Hauch köstlicher Waldfrische. Die Partien sind in der Mehrzahl recht dankbar. Fast jede hat ihre Paradenummer. Auch die Ensembles sind geschickt angelegt und mit Chorsätzen zu hübschen musikalischen Szenen ausgebaut. Die Komponisten nahmen es damals mit ihrer Aufgabe noch etwas ernster als ihre Kollegen von heute. Nur der Humor wirkt etwas veraltet. Am Ende des vorigen Jahrhunderts konnte man offenbar noch über Vieles lachen, wofür wir heute kein Organ mehr haben. Die Fabel wird überhaupt recht schwerfällig in Gang gebracht und ist wenig übersichtlich. Ein paar energische Striche und einige Änderungen zur Förderung der Klarheit der Zusammenhänge würden sich zweifellos als recht heilsam erweisen. Jedenfalls müssen die langen Dialogstellen flott abgespielt werden, sonst entstehen leicht tote Punkte. Diese Gefahr wurde bei der Samstag-Aufführung noch nicht ganz vermieden. Es gab mehrmals recht überflüssige Tempoverschleppungen, die dem Gesamteindruck nicht günstig waren und die Aufführung übermäßig in die Länge zogen. Die Wiederholungen werden diese Mängel leicht beseitigen.

Im einzelnen bekam man jedoch recht gute Leistungen zu hören. So war Herr Steiner als Vogelhändler ein prächtiger Naturbursche: geradeheraus, gesund, frisch und keck, mit dem weichen Gemüt und der Sangesfreude des Tirolers. Die alten, ein wenig rührseligen, auch ein wenig abgegriffenen, aber doch so einschmeichelnden Weisen sang er mit seiner leicht anklingenden und delikat behandelten Stimme ganz meisterhaft, so daß man seine aufrichtige Freude daran haben konnte. Als fesche, resolute und immer fröhliche Briefschriftel war Frl. Rainer wieder ganz in ihrem Element. Durch Delikatesse des Gesanges und distinguiertes Spiel bestach die Kürfürstin Frl. Karolys. Herrn Hoenselaers Graf Stanislaus darf in der Darstellung größere Beweglichkeit und Eleganz zeigen. Sein stimmliches Material ist noch unverbraucht, ermangelt aber der Ausgeglichenheit, scheint jedoch entwicklungsfähig. Er muß mit seinen Rollen noch vertrauter werden, um ganz aus sich herausgehen zu können. Sowohl Herr Loebell (Baron Weps) wie auch Frl. Voll (Baronin Adelaide) statteten ihre Partien ohne Übertreibung mit wirkungsvoller Komik aus. Die Examensszene wurde von den Herren Berg (Süffle) und Felder (Würmchen) mit viel Spaß aber wenig Witz karikiert. Die szenische Aufmachung Herrn Loebells verdient Anerkennung. Herr Federscher hielt Bühne und Orchester mit Umsicht im Kontakt. Rhythmisch darf er hier und dort energischer zufassen. Das Haus kargte mit Beifall nicht, so daß man sich mit einigen unvermeidlichen Wiederholungen abfinden mußte. H. R.—r.

Badische Landesbibliothek.

Zugangsauswahl.

Mai 1921.

Die Landesbibliothek kann von jedem erwachsenen Landeseinwohner kostenlos benutzt werden. Sie umfaßt die allgemeinen Zweige der Wissenschaften, schließt aber engste Fachschriften und bloße Unterhaltungsbücher aus. Die auf Baden bezüglichen Schriften werden möglichst vollständig gesammelt und deshalb hier nicht besonders angeführt.

Bettelheim, Biographenwege. Geiger, Berlin 1688 bis 1840. Gesch. des geist. Lebens. Lempicki, Gesch. der deutschen Literaturwissenschaft. Lichtenberg, Briefe an Joh. Fr. Blumenbach. Voltaire, Mein Aufenthalt in Berlin. — Domel, Gutenberg u. s. Frühdrucke. Schottenloher, Das alte Buch. 2. Aufl. — Aster, Gesch. der antiken Philosophie. Cassirer, Kants Leben und Lehren. Ehrenberg, Gesch. d. Menschen uns. Zeit. K. Joël, Gesch. der antiken Philosophie. Die deutsche Philosophie der Gegenwart, hg. v. Schmidt. — Barth, Elemente d. Erziehungs- u. Unterrichtslehre. Deckelmann, Lit. d. 19. Jh. im deutschen Unterricht. Elsenhans Charakterbildung. Die großen Erzieher. 9. 10: R. Lehmann, Herder—Schiller—Goethe. Gansberg, Schaffensfreude. Lay, Experimentelle Didaktik. 4. Aufl. Lehmann, Erziehung u. Unterricht. Messer, Apperzeption. Münch, Eltern, Lehrer u. Schulen. Natorp, Philosophie u. Pädagogik; — Sozialpädagogik. 4. Aufl. Oppel, Das Buch der Eltern. Scharrelmann, Herzhafter Unterricht. Weber, Lehrerpersönlichkeit. Willmann, Didaktik als Bildungslehre. Zeißig, Goethe als Erzieher und Lehrer. — J. Bühler, Klosterleben im deutschen Mittelalter. Ehrenberg, Tragödie u. Kreuz. Obenauer, Goethe i. s. Verhältnis zur Religion. Petrich, Unser geistl. Volkslied. Scheler, Vom Ewigen im Menschen. Seeberg, Grundwahrheiten der christl. Religion. Tiele u. Söderblom, Kompend. d. Religionsgeschichte. — Bürgerl. Gesetzbuch v. Lindemann u. Soergel. J. v. Gierke, Handelsrecht und Schiffahrtsrecht. H. Staub, Kommentar z. Wechselordnung. 9. Aufl. Stier-Somlo, Kommentar z. Betriebsrätegesetz. Dieffenbacher, Ein Reichsarmengesetz. von Freytag-Loringhoven, Gesetzgebg. d. russ. Revolution. Koppelmann, Einführung in die Politik. Radbruch, Einführung in die Rechtswiss. Schmitt, Ablösung d. Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften. — Balla, die Rothschilds. Hedwig Heyl, Frau im häusl. Wirkungskreise. Helene Lange, Lebenserinnerungen. Lenz, Staat u. Marxismus. Levi, Soziolog. Stud. üb. d. engl. Volk. Steinmann-Bucher, Sozialisierung. — Bockenheimer, Die neue Chirurgie. Dannemann, Naturwissenschaften i. ihrer Entwicklung. Handbuch der ärztl. Erfahrungen i. Weltkrieg. Kassner, Wolken u. Niederschläge. Meyer-Steineg u. Sudhoff, Gesch. d. Medizin. — Haering, Die Struktur der Weltgeschichte. Bertholet, Kulturgesch. Israels. Brann, Gesch. d. Juden u. ihrer Literatur. Müller, Jüd. Gesch. i. Charakterbildern. Wechsler, Kulturproblem d. Minnesangs. Dörzbacher, D. Sozialdemokratie u. Machtpolitik bis 1914. Feiler, Konjunkturperiode 1907—13 i. Deutschl. Hansen, Schleswig-Holstein. Landesgesch. 1912. A. v. Harnack, Friedr. Daniel Bassermann u. die deutsche Revolution 1848/49. — v. Auffenberg-Komarow, Aus Österreichs Höhe u. Niedergang. Clemenceau, (Der Tiger). Kriegsreden, hsg. von Schwertfeger. Hammann, Der mißverstandene Bismarck. Poeschel, Kolonialfragen u. Friede v. Versailles. Schwertfeger, Fehlspruch v. Versailles. Graf Stürgkh, Im deutschen gr. Hauptquartier. Wendel, Aus d. südslav. Risorgimento. — P. Lotti, Ägypten; — Die Wüste. Machatscheck, Landeskunde von Russ. Turkestan. v. Moltke, Wanderbuch. Osborne, Oberschles. Frage u. das d. Kohlenproblem. Prüll, Deutschland in natürl. Landschaftsgebieten. 12 länderkundl. Studien, A. Hettmer z. 60. Geburtstag — Baumstark, Christl. Literaturen des Orients. v. Blumenthal, Griech. Vorbilder. Howald, Nietzsche u. d. klass. Philologie. Preller, Griech. Mythologie, Neu bearbeitet von C. Robert. Reitzenstein, Die hellenistische Mysterienreligionen. — Aschner, Gesch. d. D. Literatur. Golther, Nord. Literaturgesch. Mielke, Der d. Roman d. 19. u. 20. Jahrh. Urdang, Der Apotheker im Spiegel der Literatur. — W. v. Biedermann, Schillers Gespräche u. andere Zeugnisse aus s. Umgang. W. v. Humboldt, Über Schiller u. s. Geistesentwicklg. H. Schneider, Uhlands Gedichte u. das deutsche Mittelalter. Spiero, Detlev v. Liliencron. Ulrich, Charlotte Kestner. Eckart, Wehrstand im Volksmund. — Glaser, Lukas Cranach. Gurlitt, Pflege d. kirchl. Kunstdenkmäler. Lichtwark, Betrachtungen von Kunstwerken. v. Salis, Die Kunst der Griechen. Schäfer, Von ägypt. Kunst. — Abert, Mozart. 5. Aufl. Hirschberg, Die Kriegsmusik der d. Klassiker u. Romantiker. Riemann, Musik der Gegenwart. Polleske, Kunst des Vortrags. v. d. Pfordten, Franz Schubert u. das d. Lied. Stein, Grieg. — Buat, Ludendorff. Maerker, Vom Kaiserheer z. Reichsheer.

Weiterverbreitung erwünscht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

der Erhaltung des europäischen Rechtszustandes beteiligt sein wird, war ein Grund für die Unterzeichnung des Friedens. So wertvoll es auch für uns ist, bald in geregelte und politische Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu kommen, so erfordert doch der durch den Beschluß des Kongresses geschaffene Zustand ernstliche Erwägung.

*

Artikel 5 der Friedensresolution, der besondere Bedeutung für uns in wirtschaftlicher Beziehung hat, lautet folgendermaßen: **„Alles Eigentum der kaiserlich deutschen Regierung** oder ihres Rechtsnachfolgers oder ihrer Rechtsnachfolger und das **Eigentum aller deutschen Staatsangehörigen,** welches am 6. April 1917 oder nach diesem Datum in den Besitz oder unter die Kontrolle der Vereinigten Staaten gekommen ist oder Gegenstand einer Forderung der Vereinigten Staaten oder eines ihrer Beamten, Vertreter oder einer Behörde gewesen ist und alles Eigentum der kaiserlich und königlich österreichisch-ungarischen Regierung oder ihrer Rechtsnachfolger und das Eigentum aller österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen, das am 7. Dezember 1917 oder nach diesem Datum in den Besitz oder die Kontrolle der Vereinigten Staaten gekommen ist oder Gegenstand einer Forderung der Vereinigten Staaten von Amerika oder einer ihrer Beamten, Vertreter oder Behörden aus irgend einem Titel ist, **soll zurückbehalten werden** und keine Verfügung darüber getroffen werden mit den Ausnahmen, die etwa bisher getroffen sind oder später im einzelnen durch Gesetz getroffen werden, bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die kaiserlich deutsche Regierung oder ihr Rechtsnachfolger oder ihre Rechtsnachfolger **geeignete Vorkehrungen getroffen haben für die Befriedigung aller gegen die genannten Regierungen gerichteten Forderungen** oder die Forderungen aller Personen, die durch die deutsche Regierung oder ihre Vertreter oder durch die kaiserlich und königlich österreichisch-ungarische Regierung oder ihre Vertreter seit Juli, die das Staatsbürgerrecht der Vereinigten Staaten besitzen, wo sie auch gewohnt haben mögen, die durch die Akte vom 31. 8. 1914 Verlust, Schaden oder Unbill an ihrer Person oder ihrem Eigentum direkt oder indirekt erlitten haben, sei es durch den Besitz von Anteilen oder Waren in deutschen, österreichisch-ungarischen, amerikanischen oder anderen Korporationen oder infolge der Feindseligkeiten oder durch irgend eine Kriegsoperation oder sonstwie, die den amerikanischen Bürgern das Recht der Behandlung der **meistbegünstigten Nation,** was die nationale Zugehörigkeit oder den Wohnsitz, das Geschäft, den Beruf, Handel, Schiffahrt, Handels- und Industrierechte betrifft, erhalten haben, und bis die kaiserlich deutsche Regierung und die kaiserlich und königlich österreichisch-ungarische Regierung oder ihr Nachfolger oder ihre Nachfolger alle Geldstrafen, Besitzergreifungen und Beschlagnahmen anerkannt haben, die von den Vereinigten Staaten während des Krieges auferlegt wurden sowohl bezüglich des Eigentums der kaiserlich deutschen Regierung, der deutschen Bürger, wie der kaiserlich und königlich österreichisch-ungarischen Regierung und der österreichisch-ungarischen Staatszugehörigen und alle und jede Geldansprüche gegen die Vereinigten Staaten von Amerika aufgehoben haben."

Die Leipziger Prozesse.

Leipzig, 9. Juli. Das Reichsgericht hat die beiden Generale **von Schack** und **Kruska freigesprochen.** Die Kosten werden von der Staatskasse übernommen.

London, 10. Juli. (Reuter.) Der Generalsolicitor Sir **Ernest Pollok ist nach Leipzig abgereist** im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die beiden deutschen Offiziere wegen Versenkung des Hospitalschiffes Llandoverycastle.

Brüssel, 9. Juli. Wie die „Liberte Belge" mitteilt, wird die belgische Regierung die Gerichtsakten, deren Prüfung sie dem Reichsgericht in Leipzig anvertraut hat, zurückziehen. Der **Oberste Rat** wird die Angelegenheit bei seiner nächsten Zusammenkunft behandeln.

Sozialistische Einigungsbestrebungen.

Zur Frage der Einigung der sozialdemokratischen Parteien nimmt das **Zentralkomitee der U. S. P. D** in einer **parteioffiziellen Kundgebung** Stellung, die in der **„Freiheit"** unter der Überschrift „Der Weg zur Einheit des Proletariats" an leitender Stelle veröffentlicht wird. Zwei Gefahren für die Arbeiterschaft seien es, die das Zentralkomitee der Unabhängigen zu dem Rufe an alle sozialistisch Gesinnten veranlaßten, sich zum vereinten Schlage die Hände zu reichen: der Gedanke eines **Abbaues der Löhne** und **die** kommenden **Steuerlasten.** „In der Reichspolitik", so stellt der Aufruf fest, „haben die sozialistischen Parteien hin und wieder in Lohnfragen gemeinsame Forderungen gestellt und vertreten. Die wichtigen, die Lebensinteressen der Arbeiter berührenden Fragen der Steuer- und Wirtschaftspolitik können den Anlaß geben zu neuen gemeinsamen Aktionen. Auf diese Weise kann das einheitliche Klasseninteresse der Arbeiter, Angestellten und Beamten gewahrt werden." Anscheinend zielt, wie die „Frankf. Ztg." meint, die Kundgebung der Unabhängigen auf eine Art **Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien** hin. Es heißt nämlich weiter, auch die Arbeit in den Gemeinde- und Landesparlamenten könne oft in Gemeinsamkeit erfolgen, wenn der sozialistischen Arbeit bestimmte Ziele gesetzt seien, deren Erreichung von allen Arbeiterparteien angestrebt wird. Trotz aller Einigungswillens hält es das Zentralkomitee für notwendig, am Schluß der Veröffentlichung nochmals die Grenzlinien der Partei nach rechts und links zu ziehen. Es betont ausdrücklich, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit eines unverfälschten proletarischen Klassenkampfes, aber auch die Einsicht, daß dieser Kampf **nicht zur putschistischen und terroristischen Politik führen dürfte,** das Bestehen der unabhängig-sozialistischen Partei rechtfertige.

Kurze polit. Nachrichten.

Washington, 10. Juli. Der **Präsident** hat bei allen alliierten und assoziierten Mächten angefragt, ob es diesen Mächten, das heißt vor allem England, Frankreich, Italien und Japan, angenehm wäre, an einer **Abrüstungskonferenz in Washington teilzunehmen,** deren Datum gemeinsam festzusetzen wäre.

Paris, 10. Juli. Emile Buré teilt heute im „Eclaire" mit, General **Lerond** habe aus Gesundheitsrücksichten um seine **Abberufung gebeten.**

London, 9. Juli. Der Korrespondent der „Times" meldet aus Kattowitz, die **Liquidation des polnischen Aufstandes sei mehr pro forma als de facto erfolgt.** Im östlichen Teile des polnischen Aufstandgebietes sei z. B. der größte Teil der von Korfanty organisierten Verwaltung noch in Tätigkeit.

London, 9. Juli. In dem Antwortschreiben **De Valeras** auf Lloyd Georges Einladung zur Konferenz in London heißt es im Eingang: Der von Lloyd George im Namen der britischen Regierung ausgesprochene Wunsch, den Jahrhunderte währenden Zwist zwischen den Völkern beider Inseln zu beendigen und Beziehungen einer nachbarlichen Harmonie herzustellen, sei auch der aufrichtige Wunsch des irischen Volkes. — Die Morgenblätter, mit Ausnahme der „Morningpost", die in der irischen Frage eine besondere Stellung einnimmt, verzeichnen mit Genugtuung den **Abschluß einer Waffenruhe mit Irland.**

Wien, 11. Juli. Der Unterausschuß des Nationalrates befaßte sich mit der Vorlage über die **Staffelung des Brotpreises** und beschloß, **drei Preisstufen** festzusetzen. Den niedrigsten Preis sollen Personen, deren Einkommen monatlich 15 000 Kronen nicht übersteigt, bezahlen; einen Mittelpreis, Familien mit einem Einkommen bis 40 000 Kronen und schließlich sollen die höheren Einkommen den Selbstkostenpreis des Brotes bezahlen. Bezüglich der von der Industrie für die Angestellten zu leistenden Zuschüsse werden kleine Unternehmer, die nicht mehr als zehn Angestellte haben, von der Brotpreiszulage befreit sein.

Budapest, 10. Juli. Wie von zuverlässig informierter Seite berichtet wird, ist mit einer **neuen Lösung der Königsfrage** in Ungarn zu rechnen. Die Umgebung des Reichsverwesers Horthy ist zu der Überzeugung gelangt, daß die Rückkehr Karls IV. auf den Thron als ausgeschlossen zu betrachten ist, nachdem die Kleine Entente unter Beteiligung Italiens Verträge abgeschlossen hat, denen sich die ungarische Macht auf lange Zeit nicht widersetzen könnte. Es besteht jetzt der Plan, daß Erzherzog **Albrecht,** der Sohn des Erzherzogs Friedrich, mit der Tochter des Reichsverwesers Horthy die Ehe eingehen und in freier Königswahl in den Besitz der Stephanskrone gelangen soll. Erzherzog Albrecht hat zwar vor dem Immunitätsausschuß erst erklärt, daß er Karl IV. als legitimen König Ungarns anerkenne, darin liege aber kein Hindernis für die Annahme der Krone durch den Erzherzog, falls das Parlament durch die freie Königswahl Karl seiner Rechte für verlustig erklärt und den Erzherzog zum König erhebe. („Bad. Presse.")

Budapest, 10. Juli. Im **Tisza-Prozeß** ließ der Staatsanwalt die Anklage gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan **Friedrich** fallen.

Konstantinopel, 10. Juli. **Griechische Truppen** landeten in Kara Murssel. Sie haben eine **schwere Niederlage erlitten.** Die Griechen landeten ungefähr 4000 Mann. Sie versuchten, in der Richtung gegen Isnik vorzudringen, aber nach einer kraftvollen Verteidigung seitens der Bevölkerung, die durch reguläre kemalistische Truppen verstärkt worden war, wurden die Griechen an der Küste zurückgedrängt. Nach Bestätigung aus sicherer Quelle haben die Griechen Verluste von 1000 Mann an Toten und Verwundeten.

Badische Übersicht.

„Die Kosten der Ordnungspolizei."

Man schreibt uns von zuständiger Seite: In einem aus Pforzheim stammenden Artikel der Mannheimer „Tribüne" vom 2. Juli 1921 (Nr. 151) „die Kosten der Ordnungspolizei" werden hinsichtlich des Beizugs der Städte zu den Polizeikosten Behauptungen aufgestellt, die nicht zutreffend sind. Die Verteilung der Polizeikosten in den Städten mit Staatspolizei zwischen Staat oder Stadt beruht auf einer seit Jahren unveränderten Regelung. Ein Unterschied zwischen Kriminalpolizei und sonstiger Polizei wurde hierbei bisher nicht gemacht. Jede Vermehrung der Polizei in den einzelnen Städten bedürfen in allen Fällen der ausdrücklichen Zustimmung des Stadtrats. Unrichtig ist sonach, daß die Städte so gut wie keinen Einfluß auf die Mannschaftsstärke und ihre starke Vermehrung hätten. Verhandlungen wurden nur erforderlich über die Frage, in welchem Umfang die Städte auch zu den durch die Kinder- und Teuerungszuschläge erwachsenden Aufwendungen heranzuziehen sind. Dabei wird nun auch in Betracht gezogen, ob etwa die Kosten für die Kriminalpolizei vom Staat allein getragen werden sollen. Im übrigen wird die Kostenverteilungsfrage wohl in absehbarer Zeit eine Neuregelung durch ein Polizeigesetz finden.

Süddeutsches Blinden-Erholungsheim.

In Badisch-Kniebis ist vor kurzem in Anwesenheit zahlreicher Gäste und Vertreter der Staats- und Gemeindebehörden das Süddeutsche Blindenerholungsheim eröffnet worden, das der Reichsdeutsche Blindenverband unter Beteiligung der Landesblindenvereine von Baden und Württemberg geschaffen hat. Das neue Erholungsheim, das bisherige Hotel Schwarzwald, liegt geschützt an dem sonnigen Südhange des Kniebis, 930 Meter über dem Meer, und ergänzt durch seine Höhenlage die anderen Heime des Verbandes, die im Solbad Salzuflen, im Seebad Timmendorfer Strand und in Wernigerode a. Harz gelegen sind, in vorzüglicher Weise. Es wird jedoch durch seine Lage hauptsächlich für den Süden, für Baden, Württemberg, Hessen und die Pfalz in Betracht kommen, für welche Gebiete vom Verband eine Zweigstelle seiner Abteilung „Blindenerholung, Bezirk Süddeutschland" eingerichtet worden ist, die sich bei der Geschäftsstelle des Württembergischen Blindenvereins Heilbronn befindet.

Das neue Heim hat eine außerordentlich schöne Lage, dicht an der Grenze des badischen und württembergischen Schwarzwaldes, eine halbe Stunde von Rippoldsau; in dem unmittelbar anstoßenden Hochwald bietet es Gelegenheit zu den mannigfaltigsten Spaziergängen. Das Haus ist erst 1912 neu erbaut und mit allen Bequemlichkeiten eingerichtet. Es enthält außer den notwendigen Wirtschaftsräumen, dem geräumigen Speisesaal und einem Aufenthaltsraum in 16 Gastzimmern 24 Betten. Der Verpflegungssatz ist unter dem Selbstkostenpreis festgesetzt und beträgt für blinde Mitglieder nur 10 M. im Tag. Für eine Anzahl seiner unbemittelten Mitglieder wird der Badische Blindenverein, soweit die Zinsen seines „Grundstockes für Erholung und Altersversorgung" reichen, diese Kosten für einen Erholungsaufenthalt ganz oder teilweise übernehmen können.

Die Erfüllung dieser Notwendigkeiten zwingt den Verein, das Interesse der Allgemeinheit erneut auf seine Bestrebungen zu lenken und um die Hilfe aller Freunde und Gönner zu bitten. Er hofft um so mehr auf Unterstützung aus weitesten Kreisen, als er in enger Zusammenarbeit mit dem Landesblindenpfleger sämtliche Blinden des ganzen Landes vertritt.

Das soeben erschienene Jahresheft 1921 der „Badischen Heimat" ist im Zusammenhang mit der diesjährigen Landesversammlung des Vereins in Donaueschingen ausschließlich der Baar gewidmet und dort als äußerst wertvolle Bereicherung der Literatur jener Gegend angesprochen worden. Mitarbeiter sind: Pfarrer Sermatinger-Hausen vor Wald, Professor Fischer-Freiburg, Professor Dr. Revellio, Professor Fehrle, die Redakteure Rehse und Dr. Bauer-Donaueschingen und der dortige Stadtpfarrer Dr. Feurstein; ferner die Herren Dr. Kahn-Frankfurt, Kapellmeister Burghart, Dr. Johne, Stadtpfarrer, Dr. Klind-Villingen, Professor Wingenroth und Professor Graf. Eine erlesene Fülle textlichen Stoffes, den zahlreiche gut wiedergegebene Abbildungen zieren, zeichnet das Heft aus.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. **Mannheim,** 9. Juli. Der **Stadtrat** hat sich dem **Wunsche** der **mittleren Städte Badens nach Wiedereinbringung des Sperrgesetzes angeschlossen** in der damit verknüpften Voraussetzung, daß die Mängel beseitigt und die zur Förderung der Bodenpolitik der Gemeinden notwendigen Maßnahmen vorgesehen werden, vor allem auch ein direktes Vorkaufsrecht der Gemeinden.

DZ. **Pforzheim,** 9. Juli. Der vom Reichsgericht von der Anklage des Kriegsverbrechens freigesprochene Oberleutnant **Adolf Laule** ist ein Sohn unserer Stadt. Er ist im Stadtteil Brötzingen geboren, wo sein Vater Steuerbeamter war. Nach Absolvierung der Oberrealschule studierte Laule Philologie gab aber das Studium auf und wandte sich der militärischen Laufbahn zu.

Aus der Landeshauptstadt.

Mitteilungen aus der Stadtratssitzung vom 7. Juli.

Anlage eines Höhenpunktnetzes. Über das Stadtgebiet Karlsruhe einschließlich der Vororte soll ein Höhenpunktnetz durch das städtische Tiefbauamt hergestellt werden. Die Mittel für die Anschaffung von Geräten im Betrage von 24 300 M. werden in den Voranschlag für das Wirtschaftsjahr 1921/22 eingestellt.

Förderung des Wohnungsbaues. Zur Erstellung einer Gruppe von drei Einfamilienhäusern Ecke Holländerstraße und der Straße „Hinter der Kirche" im Stadtteil Daxlanden und zur Errichtung eines Einfamilienhauses an der Zollstraße ebendaselbst durch Private werden Darlehen im Betrage von 90 000 M. bezw. 52 800 M. aus den vom Bürgerausschuß hierfür bereitgestellten Mitteln zugesagt.

Priesterjubiläum des Stadtpfarrers Stumpf.

Die **Kath. Pfarrgemeinde St. Bernhard** (Oststadt) beging gestern in festlicher Weise das silberne Priesterjubiläum ihres Herrn Stadtpfarrers August Heinrich **Stumpf,** der seit 1897 in Karlsruhe, seit 1901 als Seelsorger der damals neuerrichteten Bernhardusgemeinde ungemein segensreich wirkt. Die Anteilnahme seiner Pfarrkinder war allgemein, darüber hinaus haben auch die Katholiken der Gesamtstadt regen Anteil an dem schönen Feste genommen, da es nicht zu viel gesagt ist, wenn behauptet wird, der Gefeierte habe sich auf allen Gebieten des kulturellen und öffentlichen, insbesondere des sozialen und charitativen Lebens vorbildlich betätigt und segensvoll für die kath. Gesamtgemeinde gewirkt. Auch als geistvoller Redner hat er in weiten Kreisen hohe Achtung gefunden und selbst politisch und religiös Andersdenkende sprechen und schreiben mit warmer Verehrung von dem Jubilar. Aus Anlaß seines Jubelfestes hat ihn der Herr Erzbischof in Anerkennung seiner großen Verdienste zum Geistlichen Rat ad honorem ernannt. An der kirchlichen Feier in St. Bernhard nahmen der Staatspräsident Trunk, Finanzminister Köhler, Ministerialdirektor Dr. Fuchs, die Ministerialräte Wittemann, Dr. Huber und Dr. Baumgartner sowie Vertreter des kath. Oberstiftungsrats und der verschiedenen kath. Stiftungsräte und Fahnendeputationen der kath. Vereine teil. Die Festpredigt hielt Wirkl. Geistl. Rat Dr. **Sester** aus Freiburg, der in meisterhafter Weise nach dem Apostelwort: „Die Liebe Christi drängt uns", die Liebe Christi als Kraftquelle der priesterlichen Wirksamkeit darstellte. Während des Jubelamtes des Herrn Stadtpfarrers und Geistl. Rats Stumpf sang der Kirchenchor die missa solemnis in D-dur von Filke mit Orgel- und Orchesterbegleitung. Den Schluß der Feier bildete das von der Gemeinde gesungene mit Orgel und Fanfaren begleitete „Großer Gott wir loben Dich". Der Jubilar wurde in feierlicher Prozession, an der weiß gekleidete Mädchen, die Vereinsabordnungen mit Fahnen und die Geistlichkeit (es waren etwa 25 Herren von hiesigen und auswärtigen Pfarreien anwesend) teilnahmen. Im Annahaus fand nach dem Festgottesdienst die Beglückwünschung der geladenen Personen und Vereine statt. Geistl. Rat und Stadtdekan **Link** überreichte dem Jubilar im Auftrag der Kirchenbehörde die Urkunde seiner Ernennung zum Geistlichen Rat und sprach ihm die besten Glückwünsche der Geistlichkeit von Karlsruhe aus. Es sprachen dann noch Vertreter der Gemeinde St. Bernhard, der Gesamtkirchengemeinde, vom St. Stephan und dem örtl. Charitasverband, Bürgermeister **Schneider** überbrachte die Glückwünsche des Stadtrates und der Stadt. Ferner sprachen Vertreter der Organisationen, zu denen der Jubilar in enger Beziehung steht, der kath. Studentenschaft, der kath. Lehrerschaft und der Kapläne, der Mitarbeiter des Gefeierten. Sie alle brachten ihm innigsten Dank für sein Wirken und die besten Glückwünsche dar. Die Gemeinde St. Bernhard stiftete als Festangebinde einen kunstvollen Speisekelch, worüber sich der Jubilar sichtlich erfreut zeigte da er darin eine Symbolik zu seiner Aufgabe erblicke. Am Abend fand in der Festhalle eine Festveranstaltung der Bernhardusgemeinde statt, an der die Festgäste von der kirchlichen Feier und der Beglückwünschte und außerdem Oberbürgermeister Dr. Finter, sowie eine unabsehbare Menge von Pfarrkindern und Verehrern und Freunden des Jubilars teilnahmen. Die Anfangs- und Schlußansprache hielt Geh. Oberfinanzrat **Brand,** die Festrede Finanzminister **Köhler,** der mit großer Wärme das segensvolle Wirken des Jubilars schilderte und den innigsten Dank der Bernhardusgemeinde, wie aller die von ihm Wohltaten empfangen, zum Ausdruck brachte. Geistl. Rat **Stumpf** dankte in einer sehr gehaltvollen Rede, in der er Christus als Ideal für alle Lebensberufe feierte. Würde man diesem Beispiel folgen, so wäre die Welt bald eine andere. Die erhebende Feier war umrahmt von auserlesenen Darbietungen des Kirchenchors St. Bernhard, der unter der Leitung des Herrn Chordirektor **Fritz** sowohl in der Kirche, wie in der Festhalle großartiges leistete und des Harmonieorchesters (Rudolph). Die Oststadtgemeinde St. Bernhard hat mit diesem wohlgelungenen Feste nicht nur ihren verdienten Pfarrherrn, sondern auch sich selbst geehrt. w.

Das Ergebnis der Straßen- und Haussammlung für das Oberschlesier-Hilfswerk in Karlsruhe beträgt über **40 000 M.** Hätte nicht die Ungunst der Witterung das vom Ortsausschuß am vergangenen Samstag für diesen Zweck veranstaltete Gartenfest im Stadtgarten stark beeinträchtigt, so wäre ohne Zweifel das Ergebnis noch ein weit besseres gewesen. Es stehen übrigens die bei den hiesigen Banken gezeichneten Beträge noch aus, so daß mit einer weit höheren Summe gerechnet werden darf, zumal auch die Stadtverwaltung sich zu einer Spende von 10 000 M. entschlossen hat. Vergleicht man die hiesige Sammlung mit derjenigen der Stadt Mannheim, welche letztere etwa 37 000 M. betrug, so darf das hier in Karlsruhe erzielte Resultat geradezu als ein glänzendes bezeichnet werden. Allen denen, die in so uneigennütziger Weise sich in den Dienst dieses vaterländischen Unternehmens gestellt, so insbesondere dem Gesangverein Liederkranz, dem

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Musikverein Harmonie, den Damen vom Roten Kreuz, sowie den Knaben und Mädchen unserer Volksschulen unter der bewährten Leitung des Rektorats, sei an dieser Stelle namens des Ortsausschusses herzlicher Dank ausgesprochen!

* Wir verweisen hiermit auf die im Anzeigenteil enthaltene **Bekanntmachung des Hauptzollamtes Karlsruhe**, betreffend § 21 des Tabaksteuergesetzes.

Von der Angestellten-versicherung.

Gewährung von Heilverfahren der Angestelltenversicherung in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1920.

Anträge wurden 50535 gestellt (1919: 42757). Die Gesamtzahl der durchgeführten Fälle belief sich auf 30471 (in Lungenheilstätten 7784; Sanatorien 5819; in Bädern 9374; spezialärztliche Behandlung 430; zu einer Kur: an Lungenkranke 38; an andere Kranke 21; Zuschüsse zu Zahnersatz 8726; Zuschüsse zu Heilmitteln 541). Die Kosten beliefen sich einschl. der aus dem Vorjahr übernommenen Fälle auf 51 814 851.24 Mark, hierzu kommen noch besondere Ausgaben im Betrage von 115 000 M., so daß sich die Gesamtausgaben für bewilligte Heilverfahren auf 51 929 851.24 Mark belaufen. (1919: 21 847 860.04 M. Diese Ziffern dürften beweisen, daß die Angestelltenversicherung nicht nur Gelder einzieht, sondern auch ganz bedeutende Beträge für kranke Versicherte verausgabt. Die Vertrauensleute, denen die Anträge auf Einleitung eines Heilverfahrens durch die Hand gehen, haben hierfür den besten Einblick. Natürlich werden nicht alle Anträge genehmigt, denn viele Anträge laufen auf eine Erholungskur hinaus, für welche Mittel nicht aufgewendet werden können. sch.

Um die Leistungen der Angestelltenversicherung zeitgemäß erhöhen zu können, hatte das Direktorium der R.V.A. f. A. ursprünglich Beitragssätze bis zu 156 M. monatlich vorgeschlagen. Neuerdings werden dagegen Wege gesucht, auf denen sich jenes Ziel ohne eine so starke Belastung der Arbeitgeber und Angestellten im wesentlichen erreichen läßt. Für den Fall, daß die Befreiung von der eigenen Beitragsleistung zur Angestelltenversicherung auf Grund von Lebensversicherungsverträgen auch bei der geplanten Erhöhung der Leistungen und der Versicherungsgrenze über 15 000 Mark zugelassen wird, sei darauf hingewiesen, daß diese Befreiung stets nicht schon mit dem Abschluß der Versicherung, sondern erst mit der unter bestimmten Voraussetzungen zu erteilenden Genehmigung der Reichsversicherungsanstalt bezw. ihrer Ausgabestellen eintritt, und daß trotz der Befreiung der Arbeitgeber zur Zahlung seiner Hälfte verpflichtet bleibt. sch.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

Obermedizinalrat Dr. Eduard **Hummel** im Ministerium des Innern zum Bezirksarzt in Staufen auf Ansuchen; der stellvertretende Direktor an der Heil- und Pflegeanstalt Konstanz, Dr. Hans **Römer**, zum Obermedizinalrat im Ministerium des Innern.

Versetzt:

der stellvertretende Direktor an der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen, Dr. Adolf **Groß**, an die Heil- und Pflegeanstalt Konstanz; Bezirksarzt Dr. Josef **Voll** in Bühl nach Überlingen.

Oberverwaltungssekretär Wilhelm **Werner** beim Bezirksamt Mannheim zum Bezirksamt Schönau i. W.

Verwaltungshof.

Versetzt:

Pfleger Ernst **Kirchner** bei der Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim als Amtsgehilfe zum Verwaltungshof.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Hauptlehrer Wilhelm **Streng** zum Rektor an der Volksschule in Rohrbach, Amts Heidelberg, Blindenlehrkandidat Robert **Joh** von Edingen zum Blindenlehrer an der Blindenanstalt Ilvesheim.

Kath. Kultus.

Der von der Großh. Markgräflichen Standesherrschaft auf die Pfarrei Sauldorf, Dekanats Meßkirch, präsentierte Pfarrer Wunibald Schreyeck, seither Pfarrer in Hammereisenbach, wurde am 12. Juni d. J. kirchlich eingesetzt.

Der von Seiner Exzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Eubigheim, Dekanats Buchen, ernannte Pfarer Otto **Henn**, bisher Pfarrverweser daselbst, wurde am 12. Juni d. J. kirchlich eingesetzt.

Ministerium der Finanzen.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat den techn. Eisenbahnobersekretär Josef **Deck** in Karlsruhe auf 1. August 1921 zuruhegesetzt.

Amtliche Bekanntmachung.

Fundsachen betr.

Im Monat Juni wurden folgende Gegenstände auf dem Fundbureau abgeliefert:

1 goldener Ring, 1 silberne Rocknadel, 1 Anhänger, 1 Damenstahluhr mit Kette, 1 Kinderarmbändchen, 1 Brosche, 1 Ehering, 1 silbernes Kettchen mit Anhängsel, 1 Halskette mit Holzperlen, 1 goldenes Armbändchen, 1 Brosche, 1 Taschenuhr mit Zipfel, 1 goldene Brosche, 1 silbernes Armbändchen, 1 silberne Armbanduhr, 1 goldener Anhänger mit 2 Photographien, 1 silberne Damenarmbanduhr, 1 Ring mit Stein, 1 Rosenkranz, 1 Brille mit Futteral, 1 Wolfshund, 1 Ledertäschchen, 1 Zwicker mit Futteral, 1 schwarzlederne Handtasche mit 7 M. Inhalt, 1 Gummiballen, 1 weißer Spitzer, 1 Herrenhemd, 1 braune Ledermappe, 1 Paket mit Baldriantropfen und sonst verschiedenes, 1 schwarze Weste und weiße Kravatte, 1 Brille, 1 vierräderiger Handwagen (Korbgeflecht), 1 paar Gummischuhe, ein Teil einer Uhrkette mit 2 kleinen Schlüsseln, 1 paar Handschuhe, 1 braune Lederhandtasche, 1 leinene Korbdecke, 1 seidene Damenmütze, Baupläne, 1 dunkelbrauner Stoffgürtel, 1 Stehkragen, 1 weißes Kinderjäckchen, 1 weißes Korbdeckchen, 1 junger Spitzer, 1 schwarzes Visitenkartentäschchen, 1 Stück rotes Segeltuch, 1 Taschenmesser, 1 graue wasserdichte Wagendecke, 1 gelbliches Ledertäschchen mit 65 M., 1 Matrosenmütze, 1 Bienenschwarm, 1 Tabakspfeife, 1 Selbstbinder und Stoffkragen, 1 Hose, 1 schwarze Joppe, 1 Weste, 1 Affenpintscher, Steuerkarte für Josef Maier, 1 schwarzlederne Aktenmappe, 1 Dolchmesser, 1 Hundemaulkorb, 1 Hund, 1 Herrenfahrrad, 50 M.-Schein, Brotkarten, 3 Stück Wasserwärmeapparate, 1 Hochschulkalender, 1 Kinderstrohhut, Schlüsselbunde, Geldbeutel mit und ohne Inhalt, Bargeld: 5 M., 17 M., 14 M., 19 M. 50 P., 10 M., 20 M., 14 M., 3 M., 50 M.

Die Gegenstände können von den Eigentümern oder sonstigen Empfangsberechtigten im Zimmer 6 des Bezirksamtsgebäudes abgeholt werden. Y.113

Falls sich die Empfangsberechtigten nicht rechtzeitig melden, geht das Eigentum an dem Fundgegenstand nach Jahresfrist auf den Finder bezw. die Stadtgemeinde über.

Karlsruhe, den 6. Juli 1921. O.-Z.100

Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion —.

Nach § 21 des Tabaksteuergesetzes haben die Tabakpflanzer, welche Tabak für eigene Rechnung pflanzen oder pflanzen lassen, der Steuereinnehmerei des Orts, zu dem das angepflanzte Grundstück gehört, bis zum Ablauf des 15. Juli 1921 die mit Tabak bepflanzten Grundstücke einzeln nach ihrer Lage und Größe schriftlich anzumelden.

Die erst nach dem 15. Juli bepflanzten Grundstücke sind vom Pflanzer spätestens am 3. Tage nach dem Beginn der Bepflanzung anzumelden.

Von jeder Veränderung in der Person des Inhabers des Grundstücks ist der Steuereinnehmerei binnen 3 Tagen eine schriftliche Anzeige von dem neuen Inhaber und im Falle der freiwilligen Veräußerung auch von dem bisherigen Inhaber zu machen.

Auf Verlangen erteilt die Steuereinnehmerei dem Pflanzer eine Bescheinigung über die Anmeldung.

Pflanzer, die mehr als 50 Geviertmeter mit Tabak bepflanzen, müssen den Tabak, auch wenn er für den eigenen Hausbedarf bestimmt ist, zur Verwiegung stellen und räumen. Y.114

Die Bürgermeisterämter werden ersucht, vorstehende Bekanntmachung unverzüglich in ortsüblicher Weise in ihren Gemeinden bekannt zu geben.

Karlsruhe, den 8. Juli 1921.

Hauptzollamt.

Städtisches Konzerthaus.

Dienstag, den 12. Juli, 7.— geg. 10 Uhr. Mk. 12.20

Der letzte Walzer.

Die weltberühmt. Passionsfestspiele

auf der größten Freilichtbühne der Welt, 200 m breit, 100 m tief, in **Freiburg i. B.** unter Zugrundelegung des alten Oberammergauer Urtextes unter Leitung und Mitwirkung der berühmten bayrischen Christus- und Judasdarsteller, Brüder Adolf und Georg Faßnacht. — Flächeninhalt der Festspielanlage 40 000 qm —. Spieltage vom 16. Juli ab, jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag, sowie an Feiertagen bis Ende September. — Anfang 1½ Uhr, Ende 7 Uhr, 1500 Mitwirkende. Auskunft und Prospekte kostenlos durch **B. Gotthard, Freiburg i. B.,** Kaiserstraße 132, Fernruf 879. Schulen und Vereine erhalten Preisermäßigung. **Die Festleitung.** [K.334]

Mitteldeutsche Creditbank

Kapital und Reserven 110 Millionen Mark.

Filiale Karlsruhe

Vermittlung aller Bankgeschäfte.

K.376

Beziehbar zu verkaufen:

Nr. 123: **Feines Restaurant** in Stuttgart (seltene Gelegenheit) Mark 400000.—,

Nr. 125: **Kleineres Wohnhaus** in Landstädtchen des Württ. Oberlandes, Mk. 25000.—,

Nr. 126: **Wohnhaus**, 3 Wohnungen, gr. Keller, in Ravensburg, Mk. 70000.—,

Nr. 128: **Wirtschaft mit mehrer. Wohnungen**, zwei Morgen Obstgarten, zu Pension geeignet, bei Ravensburg, Mk. 150000.—,

Nr. 129: **Gasthaus mit Spezereiladen**, bei Ravensburg, Mk. 110000.—. K.427

Nr. 131: **Pension mit gr. Garten**, 26 Morgen Gütern, Oberland, Mk. 250000.—,

Nr. 110: **Geschäftshaus** in Landstädtchen in Baden, für jedes Geschäft passend, Mk. 80000.—,

sowie verschiedene **kleine und große Wohn- und Geschäftshäuser.** Anfragen gegen Rückporto durch

A. Roos, Immobilien, Saulgau, Württ.

Grundstücksbüro Schütze

Hunderte von Grundstücken jeder Art in allen Gegenden Deutschlands zu verkaufen. Vermittlung von Grundstücken übernimmt Filiale Karlsruhe-Rintheim Ernststr. 39. 40 eig. Filialen. Größt. Unternehmen. [K197

Assessor

oder **Referendar**, zu sofort. Eintritt f. läng. Zeit

gesucht.

Rechtsanwalt Dr. Pfeiffenberger, Mannheim. K429.3

Vergnügungssteuer!

Billige und einfache

Stanzmaschine

zum Entwerten von **Eintrittskarten, Programm.** usw. liefert

Wilh. Leo's Nachf., Stuttgart, Fachgeschäft für Buchbindereibedarf.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Öffentliche Zustellung einer Klage.

Y. 173.2.1 **Stockach.** Der Franz **Bingesser**, Schuhmacher in Zizenhausen, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Bittler in Stockach, klagt gegen den **Ferdinand Bluft** von Deißlingen bei Rottweil, früher in Degernau, z. Zt. an unbekannten Orten abwesend, unter der Behauptung, daß Beklagter im März 1921 vom Kläger Schuhwaren zu dem vereinbarten, üblichen und angemessenen Preise von 1401 M. erhielt, aber trotz Mahnung keine Zahlung leiste; der Erfüllungsort ist Zizenhausen, mit dem Antrage auf vorläufige gegen Sicherheit vollstreckbare Verurteilung zur Zahlung von 1401 M. nebst 5 Prozent Zinsen seit 1. April 1921. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Bad. Amtsgericht Stockach auf **Montag, den 31. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr,** geladen.

Stockach, 7. Juli 1921.

Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.

Y.102.2 **Weinheim. Th. Bosch**, Fabrikant in Weinheim, vertreten durch Anw. Pfisterer in Weinheim, klagt gegen den Pferdehändler **Johann Galier Rosenberg** in Frankfurt a. M., z. Zt. an unbekannten Orten, mit dem Antrag, den Beklagten zu verurteilen, in die Wandlung des unterm 12. Mai 1921 abgeschlossenen Pferdekaufvertrages zu willigen. Derselbe hat demgemäß dem Kläger das ihm von diesem übergebene braune Pferd zurückzugehen und 3000 M. nebst 5 Proz. Zins seit 14. Mai 1921 zu bezahlen. Im Falle der Nichtrückgabe des kläger. Pferdes wird der Beklagte verurteilt, an den Kläger weitere 20 000 M. nebst 5 Prozent Verzugszinsen seit 14. Mai 1921 zu bezahlen. Der Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbar.

I. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites wird der Beklagte vor das Amtsgericht in Weinheim auf

Mittwoch, 21. Sept. 1921, vormittags 9 Uhr,

Zimmer Nr. 56, geladen.

II. Die öffentliche Zustellung wurde bewilligt.

Weinheim, 30. Juni 1921.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Y.116. **Heidelberg.** Über das Vermögen der Firma **Friedrich Heubach G. m. b. H.** in Heidelberg, ist heute am 8. Juli 1921, vormittags 11½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Bücherrevisor Ludwig Rettermann in Heidelberg, Kaiserstr. 68, ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 16. August 1921 bei dem Gericht anzumelden. Es ist zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, Termin bestimmt auf **Freitag, den 29. Juli 1921, vorm. 9 Uhr,** 2. Stock, Zimmer 25, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Freitag, den 2. September 1921, vorm. 11 Uhr.** Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache u. von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 16. August 1921 Anzeige zu machen.

Heidelberg, 8. Juli 1921.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 3.

Bilanz auf 31. Dezember 1920.

	Aktiva M	Aktiva ₰	Passiva M	Passiva ₰
Bankguthaben	10265	35		
Wertpapiere lt. Aufnahme	108780	—		
Wertpapiere d. Reservefonds lt. Aufnahme	3077	—		
Hypothekensicherungskonto	24000	—	24000	—
Geschäftsanteile der eingetragenen Genossen (767)			139500	—
Fällige, noch nicht einbezahlte Geschäftsanteile	27315	—		
Zinsguthaben der Genossen			480	60
Betriebs- und Garantiefond			2812	42
Reservefond			3108	97
Spezialreservefond			1000	—
2½% Abschreibung 116 400.— M. 5% Kriegsanleihe			2910	—
Verlust	374	64		
	173811	99	173811	99

Gewinn- und Verlustkonto.

	Soll M	Soll ₰	Haben M	Haben ₰
Verlust-Vortrag	231	22		
Unkostenkonto	2630	26		
Zinsen- und Provisionskonto			5396	84
Abschreibung auf Kriegsanleihe	2910	—		
Verlust			374	64
	5771	48	5771	48

Zahl der eingetragenen Genossen auf 1. 1. 20		778
Abgang im Jahre 1920 durch Tod	3	
Abgang im Jahre 1920 durch Austritt	8	11
somit Zahl derselben auf 31. Dezember 1920		767
deren Haftsumme betrug		697500.— M
Es haben sich im Jahre 1920 vermindert:		
die Haftsumme der Genossen um		4500.— M
die Geschäftsguthaben der Genossen		1175.— „

Karlsruhe, den 28. Juni 1921.

Gemeinnützige Hypotheken-Sicherungsgenossenschaft, e. G. m. b. H. K.422

Bastel. Frey. Diemer.

Fortsetzung des Zentralhandelsregisters.

Baden, Y.36

Genossenschaftsregistereintrag vom 28. Juni 1921 Band I O.-Z. 9 — **Bezirkskonsumverein Baden-Baden e. G. m. b. H.** in Baden —: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 21. März 1921 wurden die §§ 26, 30, 37, 39, 44, 49, 56 und 53 der Statuten geändert.

Baden, 28. Juni 1921.

Bad. Amtsgericht 1.

Meßkirch. Y.89

In das Genossenschaftsregister Bd. I O.-Z. 1 — **Landw. Consumverein und Absatzverein Meßkirch** — wurde eingetragen: Die Firma ist geändert in: „Landw. Lagerhaus Meßkirch eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht" mit dem Sitz in Meßkirch. Der Gegenstand des Unternehmens ist der gemeinsame Verkauf und die angemessene Verwertung landwirtschaftlicher Felderzeugnisse, insbesondere das Getreide der Genossen. Haftsumme 1000 Mark, Höchstzahl der Geschäftsanteile 5. Abgeändertes Statut vom 1. Mai 1921. Die Bekanntmachungen erfolgen unter der Firma der Genossenschaft, gezeichnet von zwei Vorstandsmitgliedern im Bad. Landw. Genossenschaftsblatt. Josef Sinnwell, Bürgermeister in Rohrdorf, ist aus dem Vorstand ausgeschieden, an seiner Stelle ist Karl Keller, Bürgermeister in Thalheim, in den Vorstand gewählt worden. Staatsrat Friedrich Schön in Karlsruhe gehört dem Vorstand als Verbandsdirektor des Verbandes bad. landw. Genossenschaften in Karlsruhe an.

Meßkirch, 30. Juni 1921.

Bad. Amtsgericht.

Radolfzell. Y.68

Zum Genossenschaftsregister Band III O.-Z. 5 ist eingetragen: **Bezugs- und Absatzgenossenschaft des Bauernvereins Markelfingen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht** in Markelfingen. Gegenstand des Unternehmens ist der gemeinschaftliche Ankauf landwirtschaftlicher Bedarfsartikel und der gemeinschaftliche Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Haftsumme M. 300. Vorstandsmitglieder sind Norbert Hurt, Benedikt Meister, Richard Dummel, alle Landwirte in Markelfingen. Statut vom 24. April 1921. Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma der Genossenschaft im Vereinsblatt des Badischen Bauern-Vereins in Freiburg i. Br. Willenserklärung und Zeichnung für die Genossenschaft erfolgt durch 2 Vorstandsmitglieder. Die Einsicht der Liste der Genossen ist während den üblichen Geschäftsstunden jedermann gestattet.

Radolfzell, 28. Juni 1921.

Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Vereins-Register.

Kehl. Y.129

In das Vereinsregister wurde heute unter Nr. 17 eingetragen: **Schwimmverein Kehl** in Kehl.

Kehl, 5. Juli 1921.

Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.